



Photo by Jessica Pamp, licensed under the [Unsplash license](#)

# Schweden wählt am 11. September den Riksdag, das nationale Parlament.

**Aktueller Newsletter zu den letzten Entwicklungen vor den Wahlen**

**Letzte Umfrageergebnisse sehen die Sozialdemokraten weiter deutlich in Führung und die Schwedendemokraten vor den Moderaten auf Platz zwei**

	Wahl 2018 (Durchschnitt)	Juli 2021 (Durchschnitt)	Januar 2022 (Durchschnitt)	Anfang August 2022 (Novus <sup>1</sup> )	15-tägiger Durchschnitt bis 1. September 2022
Die Linke (V, Vänsterpartiet)	8,0%	11,16%	9,62%	7,2%	8,3%
Die Sozialdemokraten (S, Socialdemokraterna)	28,26%	24,72%	30,4%	30,6%	29,2%
Die Grünen (MP, Miljöpartiet)	4,41%	4,06%	3,16%	5,2%	5,3%
Die Zentrumspariet (C, Centerpartiet)	8,61%	8,22%	6,96%	6,8%	6,8%
Die Liberalen (L, Liberalerna)	5,49%	3,4%	3,04%	5,1%	5,7%
Die Christdemokraten (KD, Kristdemokraterna)	6,32%	5,06%	5,38%	6,3%	5,9%
Die Moderaten (M, Moderaterna)	19,84%	20,88%	20,7%	18,6%	17,6%
Die Schwedendemokraten (SD, Sverigedemokraterna)	17,53%	21,24%	19,06%	18,6%	19,7%
Mehrheit S	54,77%	48,16%	50,14%	49,8%	49,6%
Mehrheit M (ab Juni 2021 inklusive L)	43,69%	50,58%	48,18%	48,6%	48,9%

Quelle, außer Novus-Daten für August 2022: [val.digital](#) und [pollofpolls.se](#)

<sup>1</sup> Novus für SVT, 1. bis 7. August.

<https://www.svt.se/nyheter/inrikes/miljopartiet-okar-i-fokus-enligt-valjarbarometern>

Bislang hielt die EVP-Partei "Moderaterna" (die Moderaten) stabil [den zweiten Platz vor den Schwedendemokraten](#). Das hat sich in den letzten Wochen höchstwahrscheinlich geändert. Die Bildung einer konservativ-liberalen Regierung [unter Führung der Moderaten](#) wäre in dem Fall [fraglich](#), die rechtsnationalen Schwedendemokraten könnten so ihren Anspruch auf die Position des Ministerpräsidenten anmelden.

Unklar ist bisher auch, ob die Schwedendemokraten bereit wären, eine von den Moderaten geführte Regierung in Koalition mit den Liberalen zu unterstützen. Auch wenn die Liberalen sich seit Mitte 2021 weniger negativ zur möglichen Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten positionieren, gibt es nach wie vor Meinungsunterschiede zwischen beiden Parteien, vor allem zu Fragen von Migrations- und Integrationspolitik.

### **Grüne und Liberale als Königsmacher der zukünftigen Regierung?**

Falls es einer der beiden Parteien nicht gelingen sollte, in den Riksdag einzuziehen, würde dies erhebliche Folgen für die Machtverhältnisse im Parlament haben. Die Liberalen haben in den Meinungsumfragen seit der Wahl ihres neuen Vorsitzenden Johan Pehrson im Juni die obligatorische Vier-Prozent-Hürde überschritten und wären zusammen mit den Christdemokraten Teil einer bürgerlich-liberalen Regierungsmehrheit unter Führung der Moderaten. Auch den Grünen ist es seit [Anfang August](#) wieder gelungen, bei Meinungsumfragen über 4% zu kommen, was einer Verdoppelung gegenüber Februar dieses Jahres entspricht. [Ein möglicher "Greta Thunberg-Effekt", bei dem Erstwähler Klimafragen priorisieren](#), könnte zusammen mit der Unterstützung der Zentrumspartei und der Linken eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Magdalena Andersson fortführen. Diese Art von politischer Praxis, dass Parteien, die nicht Teil einer Koalition sind, durch ihr Abstimmungsverhalten eine Minderheitsregierung stützen, ist in Schweden weit verbreitet.

### **Wenig ideologischer und sachpolitischer Konsens innerhalb der Blöcke**

[Schwedische Experten](#) mahnen an, dass diese Parlamentswahl die erste seit langem sei, bei der es unklar ist, für welche Politik die beiden Blöcke, die aus jeweils 4 Parteien bestehen, als Ganzes stehen.

Die Bereitschaft der Sozialdemokraten, ihre langjährigen Positionen in der [NATO-Frage](#), aber auch zu [Atomkraft, Integrationspolitik und innerer Sicherheit](#) zu opfern, hat bereits zu Unstimmigkeiten innerhalb der Partei und dem Mitte-Linken Block geführt. Gleichermäßen bleibt unklar, welche möglicherweise widersprüchlichen Zugeständnisse innerhalb des Blocks die Grünen als Gegner der Atomkraft, die sozialistische Linke und die wirtschaftsliberale Zentrumspartei von den Sozialdemokraten verlangen werden.

Die Moderaten waren in der Vergangenheit mit gemeinsamen Wahlprogrammen als "Allianz" aus Liberalen, Christdemokraten und der Zentrumspartei in den Wahlkampf gegangen, was bei dieser Wahl nicht mehr der Fall ist. Es wäre also theoretisch möglich, für die Liberalen zu stimmen und dabei eine implizit strengere [Gestaltung der Migrationspolitik](#) im Sinne der Schwedendemokraten zu bekommen oder auch deren [alternative Klimapolitik](#), die nicht den heutigen klimapolitischen Zielen Schwedens entspricht. Die diesjährige Parlamentswahl hat auch die Spaltung zwischen den beiden liberalen Parteien verstärkt: die ehemals bürgerliche

Zentrumspartei unterstützt nun offen die Sozialdemokraten, die Liberale Partei dagegen die konservative Opposition.

Ein weiteres potentielles Problem für eine zukünftige Regierung ist die Rolle von so genannten "politischen Wilden", also Abgeordneten, die aus ihren Parteien ausgeschlossen worden sind, aber ihr Amt im Riksdag nicht niedergelegt haben. Eine knappe Mehrheit für eine künftige schwedische Regierung kann dazu führen, dass auch zukünftig einzelne Abgeordnete [einen großen Einfluss](#) auf die parlamentarische Mehrheit haben werden. Der [Fall Amineh Kakabaveh](#), einer kurdischen Aktivistin und Abgeordneten der Linken, hat zu viel Aufregung geführt, als sie im Gegenzug für ihre Unterstützung der Regierung Andersson eine engere schwedische Zusammenarbeit mit der kurdischen Minderheit in Nordsyrien forderte - inmitten eines laufenden NATO-Prozesses und erheblichen politischen Drucks von türkischer Seite.

### **Themen im Wahlkampf: Hohe Energiepreise, Gesundheitsversorgung, Bandenkriminalität und Integrationspolitik**

Schwedens [Strompreise werden laut offiziellen schwedischen Berechnungen weiter stark ansteigen](#). Die für das Energienetz zuständige schwedische Behörde warnt davor, dass es im Winter zu [Stromausfällen, insbesondere in Südschweden](#), bei Spitzenbelastungen in Kombination mit Windstille kommen kann. Hohe Strompreise und die rasante Inflation haben dazu geführt, dass die traditionell marktwirtschaftlich liberalen und konservativen Parteien im Wahlkampf ungewöhnlich "etatistische" Vorschläge wie den zu [Preisobergrenzen bei Strom](#) gemacht haben.

Von großer Bedeutung in Schwedens Wahlkampf sind die Debatten über Integration und Migration. Schwedens Asyl- und Migrationsgesetz [wurde 2021 nach langen Debatten reformiert](#), um es [offiziell mit den Minimalkriterien](#) des EU-Asylrechts in Einklang zu bringen. Eine dennoch hohe Anzahl von Anträgen auf Asyl und Familienzusammenführung im [ersten Halbjahr 2022](#) stellt für Schweden, ein Land mit bereits existierenden Integrationsproblemen, eine große Herausforderung dar. Dies wird besonders von der konservativen Opposition [so gesehen](#) in enger Verbindung mit dem Problem der Bandenkriminalität unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Schießereien und Angriffe mit Sprengkörpern sind in den letzten Jahren [immer häufiger geworden](#), [auch in Kleinstädten](#). Die sozialdemokratische Regierung hatte daher bereits in den letzten Jahren schrittweise strengere Maßnahmen auf Druck der konservativen Opposition übernommen.

Auch die Schulpolitik ist in dieser Wahlkampagne präsent. Es geht vor allem um die Rolle privater Anbieter im öffentlich finanzierten Wohlfahrtssektor. Eine [wachsende Mehrheit](#) der Schweden (auch unter liberal/konservativen Wählern) ist zunehmend skeptisch gegenüber privaten [Unternehmen](#), die, so die Kritiker, auf Kosten von Patienten und Schulkindern "Gewinne" aus öffentlichen Geldern erzielen.

### **Welche Themen bewegen die Menschen in Schweden?**

Die aktuellsten Umfragen zu den von Wählern am höchsten priorisierten Fragen verweisen noch auf andere wichtige Themenbereiche. Laut einer [Umfrage im April 2022](#) wurde zum Beispiel die Krankenversorgung Schwedens am häufigsten als "wichtig" gelistet - von 64% der Befragten. Das Problem langer Wartezeiten im Gesundheitssystem wurde somit als wichtiger als andere Themen wie Innere Sicherheit (53%), Schul- und Ausbildungspolitik (47%), Einwanderung/Integration (43%), Energiepolitik (36%) und Umwelt & Klima (34%)

genannt. Laut [einer anderen Umfrage](#) von Ende April bis Anfang Mai wurden Recht und Ordnung als Wahlthema Nummer eins von 44% der Angefragten gelistet, gefolgt von Gesundheitsversorgung (33%), Verteidigungspolitik (24%), Schulpolitik (20%), und Klima (18%). Es kann davon ausgegangen werden, dass Inflation und hohe Strompreise der letzten Zeit dazu führen, dass Themen wie Wirtschaft, Energie oder Renten für die Wählerinnen und Wähler an Bedeutung gewinnen werden.

### **Außen- und EU-Politik spielt im Wahlkampf keine Rolle**

Aufgrund der seit [April/Mai 2022](#) parteiübergreifend dominierenden Befürwortung einer NATO-Mitgliedschaft Schwedens ist die Aufgabe der Neutralität nunmehr fast Konsens - nur die Linke und die Grünen sind gegen eine Mitgliedschaft. Öffentliche Debatten zur Sicherheitspolitik werden derzeit vermieden, um den NATO-Ratifizierungsprozess durch die Türkei nicht weiter zu belasten.

Eine vor wenigen Monaten ins Leben gerufene nationale Behörde für psychologische Verteidigung führt seit mehreren Monaten [Medien- und Online-Kampagnen](#), um die Öffentlichkeit auf die Gefahren von Falschinformationen und andere Einflussversuche aufmerksam zu machen. EU-Politik ist bislang sehr wenig im Wahlkampf debattiert worden. [Mangelnde allgemeine EU-Kenntnisse](#) [werden oft als Grund](#) für das Ausbleiben einer nationalen Debatte gesehen.